

RAUL ZELIK / ELMAR ALTVATER:

Vermessung der Utopie. Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft

München 2009

Blumenbar Verlag, 206 Seiten

Im Verlauf der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sprossen allorts Publikationen aus dem Boden, die sich um Ursachenanalyse, Lösungskonzepte und zukünftige Gesellschaftsentwürfe bemühten. Angesichts der sich wieder im Aufwind befindenden nationalen und globalen Wirtschaft sind die (kapitalismus-)kritischen Stimmen merklich ruhiger geworden. Erschreckend, denkt man an die weltweiten ökonomischen und sozialen Verwerfungen, die im Verlauf der Krise und noch vor Kurzem zutage traten. Mit dem Ziel, die Krisenhaftigkeit unseres Wirtschaftssystems zu reduzieren und ein gerechteres Gesellschaftsmodell zu entwerfen, engagiert sich Elmar Altvater, emeritierter Professor der FU Berlin, schon seit langen Jahren als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des globalisierungskritischen Netzwerks »attac«. Ein näherer Blick in sein in Kooperation mit dem Schriftsteller und Politikwissenschaftler Raul Zelik entstandenes Werk lohnt sich.

Das Autorenpaar beginnt das in Dialogform geschriebene und in vier etwa gleich große Kapitel aufgeteilte Buch mit einer umfassenden Kritik der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, wirft dann einen analysierenden Blick auf Ursachen und Management der aktuellen Krise und skizziert später ein utopisches Gesellschaftsmodell, in dem die Ökonomie das ökologische und soziale Gemeinwohl rationalistisch einbezieht. »Vermessung der Utopie« beschreibt einen erstrebenswerten Zustand der Welt, den es (noch) nicht gibt. Ob solch eine Vermessung eines »Nicht-Ortes« nicht ein vermessenes Unterfangen ist oder ob die Gefahr, sich zu vermessen, nicht zu groß ist, wird von den Autoren im Vorwort diskutiert. Hier umreißen sie auch erstmals ihr utopisches Projekt: Den Menschen auf Erden soll ein Auskommen ermöglicht und ihre Grundbedürfnisse befriedigt werden, dabei muss die Natur aber bewahrt und eine herrschaftsfreie Welt erschaffen werden.

Im ersten Kapitel »Zum Begriff Ökonomie« vermessen die Autoren zunächst die Welt, in der wir leben. Zelik beschreibt diese wie folgt: »Das System, in dem

wir leben, das wir leben, das durch uns lebt, ist nicht in erster Linie unmoralisch. Es ist vor allem unvernünftig, irrational, ineffizient.« (S. 16). Es folgt eine Art moderner Einführung in die Marxsche Kapitalismuskritik. Hier wird angedeutet, wo das Autorenduo sich selbst gern sähe: in einer solidarischen Ökonomie, die Glück und Wohlbefinden für die Gesamtheit der Bürger produziert. Darum diskutieren sie zuerst den Wachstumsfetisch moderner Wirtschaftssysteme und entlarven dadurch die systemische Grenze des Kapitalismus, der ohne Wachstum nicht auskomme, obwohl Wachstum von Natur aus endlich sei. Der zweite diskutierte Begriff ist der der Arbeit. Permanent wolle der Kapitalismus »Arbeit schaffen«, obwohl es doch eigentlich darum gehen müsse, Arbeit zu reduzieren und sinnvoll aufzuteilen. Die Zielsetzung einer Ökonomie, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, müsse »Zeitwohlstand« lauten. Zuletzt bespricht das Autorenduo den Ökonomiebegriff und seine Historie. Sie sind sich darüber einig, dass mit der Ausdifferenzierung der Wirtschaftswissenschaft die Ökonomie selbst aus Natur, Gesellschaft und Politik »entbettet« werde und scheinbar kaum noch etwas mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen zu tun habe. Alle unbeabsichtigten Nebenwirkungen gelten schlichtweg mehr als externe Effekte, die das Preisystem verzerren. Altvater bemerkt dazu: »Hier kommen Zwangsverhältnisse als ökonomisches Gesetz daher, das von den Hohepriestern der Moderne, den ökonomischen Sachverständigen, täglich aufs Neue verkündet wird.« (S. 37). Besser als die natürlich gegebene Ressourcenknappheit zum Ausgangspunkt einer individuellen Nutzenmaximierung zu nehmen, wäre eine vorausschauende, gesamtwirtschaftliche Vorgehensweise als Antwort auf Mängel und natürliche Knappheit.

Zu Beginn des zweiten Kapitels »Die Krise(n) und ihr Management« stellen die Gesprächspartner fest, dass die Auslöser der Wirtschaftskrise zwar im Finanzsektor lägen, die Ursachen aber systembedingt seien. Mit den völlig überhöhten Eigenkapitalrenditen, die im Finanzsektor angestrebt wurden, konnte das reale Produktionswachstum unmöglich mithalten – eine riesige Blase entstand. Dabei hätten die Wirtschaftsakteure lediglich die durch Liberalisierung und Deregulierung geschaffenen Möglichkeiten ausgenutzt. Ihnen dabei besondere Gier zu unterstellen, halten die Autoren für unsinnig – sie funktionierten einfach nach den Regeln des kapitalistischen Systems. Auch das Krisenmanagement sehen Zelik/Altvater kritisch. Besonders dadurch, dass die Neoliberalen plötzlich die Nähe zum Keynesianismus entdeckt hätten und dabei die Linken ratlos dreinblicken ließen: »Zwei Feinde haben sich zu einer vorübergehenden Allianz getroffen, um im gemeinsamen Interesse ihre Geschäftsgrundlage, das kapitalistische System, zu verteidigen« (Altvater, S. 73). Der »privatisierte Keynesianismus« und seine staatlichen Interventionen dienten also nicht nur der Rettung der Banken, sondern des kapitalistischen System insgesamt – und damit auch der bestehenden Verteilungs- und Produktionsverhältnisse. Die Ironie der Geschichte: Für die Verluste haften auf Dauer allerdings die Allgemeinheit, nicht etwa die Eigentümer. Zelik/Altvater kritisieren außerdem noch das Geld- sowie das Weltwährungssystem

und bemerken, dass das absehbare Ende des fossilen Energiemodells zu einer groß angelegten militärischen Sicherung der Öklogistik geführt habe. Angetrieben von den USA habe die NATO ihr neues Kernbetätigungsfeld in der Sicherung des »globalen Zugangs zu Ressourcen und Märkten« gefunden und damit ein völlig wirtschaftszentriertes Sicherheitskonzept geschaffen. Die Gefahr des Energieimperialismus werde zudem durch Großprojekte wie Desertec noch verschärft.

Bevor die Autoren ihr eigenes utopisches Gesellschaftsmodell skizzieren, diskutieren sie im dritten Kapitel »Der gescheiterte Sozialismus« den Fehlschlag anderer utopischer Entwürfe. Der sowjetische Staatssozialismus krankte vor allem an der einseitigen Konzentration auf die Industriegüterproduktion und dem daraus entstandenen Mangel an Konsumgütern. Außerdem wurde ihm im Gegensatz zum westlichen Kapitalismus seine mangelnde Reformfähigkeit zum Verhängnis: »Der Kapitalismus hat überlebt, weil er ein 1968 hatte. Der Sozialismus hingegen prügelte 1968 in Prag jene Alternativen nieder, die ihn hätten erneuern (...) können.« (Altwater, S. 119). Die Autoren betonen die hieraus schon ersichtliche Tatsache, dass die staatssozialistischen Systeme den Gesellschaften im Ostblock und im maoistischen China in zentralistischer und autoritärer Weise aufgezwängt und repressiv durchgesetzt wurden. Außerdem war den Systemen inhärent, eine abgeschlossene Führungskaste herauszubilden und demokratische Prozesse zu verhindern. Auf die Frage, wie solche bestehenden Herrschaftsapparate überwunden werden können, verweisen Zelik/Altwater auf die heutige Situation in Lateinamerika: nämlich durch »radikaldemokratische Bewegungen« wichtige Reformprozesse einzuleiten, indem sie herrschende Reichtums- und Machtverhältnisse infrage stellen. Der sogenannte »Dritte Weg« des Marktsozialismus, den das ehemalige Jugoslawien ab 1949 einschlug, scheiterte zwar auch – allerdings nicht an mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten, sondern an der Unverträglichkeit seiner inneren Gegensätze und die durch bestimmte zugelassene Marktmechanismen verschärften Ungleichheiten, die die jugoslawische Union letztlich zersetzten.

Im Schlusskapitel »Die kommende Gesellschaft« konkretisiert das Autorenpaar seine Utopie, mit der es eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus in seiner heutigen Form aufzeigen will, bei der es aber nicht um eine Abschaffung der Märkte gehen soll. Folgende Elemente lassen sich hierbei identifizieren:

- ▶ *Grundversorgung*: Die Grundbedürfnisse der Menschen müssten global sichergestellt werden. Der Zugang zu öffentlichen Gütern solle geregelt werden und dürfe nicht in privater Hand liegen. Die Gesundheitsversorgung könne beispielsweise durch eine demokratisch verwaltete Bürgerversicherung gewährleistet werden. Für die Nutzung von natürlichen Allmendegütern müssten verbindliche Nutzungsregeln vereinbart und Einschränkungen beschlossen werden.
- ▶ *Eigentumsformen*: Die Verfügung über die Produktionsmittel bzw. die Eigentumsordnung müsse dezentralisiert werden. Wünschenswert wäre eine

Mischung verschiedener Eigentumsformen, wobei vor allem Gemeineigentumsformen etabliert werden müssten.

- ▶ *Demokratisierung*: Auf allen Ebenen müssten Entscheidungsprozesse radikal demokratisiert werden, vor allem auf betrieblicher Ebene. Solche wirtschaftsdemokratischen Modelle setzten den Kapitalismus nicht gleich außerkraft. Auch gesamtgesellschaftlich müssten partizipative Entscheidungsformen gefördert und das »unerfüllte Demokratieversprechen« (Zelik, S. 153) endlich eingelöst werden. Dies schließe auch die konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips im heutigen Mehr-Ebenen-System ein.
- ▶ *Planung*: »Wesentlich ist, dass über die Entfaltung der Ökonomie gemeinsam, bewusst, demokratisch entschieden wird.« (Zelik, S. 202). Die Kombination der Steuerungsmechanismen Markt und Staat soll dabei sicherstellen, dass rationaler mit Natur, Arbeit und Ressourcen umgegangen wird. Die Produktion muss also nach sozialen und ökologischen Kriterien umgestaltet werden. Dies beinhalte auch die Planung von technischen Innovationen und den Bruch mit den Wachstumskennziffern zugunsten von alternativen ökonomischen Kennziffern, die den gesellschaftlichen Nutzen umfassender darstellen.
- ▶ *»Dritte Hand«*: Notwendig sei die konsequente Beteiligung der Zivilgesellschaft in den Produktionsprozess, damit auch Interessen zur Geltung kommen, die nicht in der Welt der Ökonomie beheimatet sind.
- ▶ *Energiemodell*: Eine andere Gesellschaft benötige ein alternatives, dezentrales Energiemodell, das zudem ein weniger aggressives Sicherheitsmodell nach sich ziehe. Mindestens genauso wichtig wie die Energieproduktion sei hierbei die Energienutzung, um den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, ohne an Lebensqualität einzubüßen.
- ▶ *Arbeit*: Neben der Neuverteilung der Arbeit und der Senkung der Arbeitszeit spielen eine ökonomische Absicherung für alle – beispielsweise nach dem Modell des Grundeinkommens – und die Einführung flächendeckender Mindestlöhne eine wichtige Rolle.
- ▶ *Umverteilung*: Der gesellschaftliche Gegensatz zwischen Arm und Reich muss bekämpft werden. Dazu wären eine Rückkehr zur progressiven Einkommenssteuer sowie zur Unternehmens- und Vermögensbesteuerung notwendig.
- ▶ *Geld*: Zur Regulierung der Geld- und Finanzwirtschaft gehören das Verbot von Offshore-Zentren und bestimmten Spekulationsgeschäften, die Schließung von Hedgefonds etc.

Auf die Frage, wie die Autoren sich den Weg zu ihrer utopischen Gesellschaft denn vorstellen, antwortet Zelik etwas hilflos: »Ein utopischer Gegenentwurf lässt sich nicht planen. Es gibt keinen Königsweg der Emanzipation.« (S. 200). Immerhin verständigen sie sich darauf, dass diese nur durch soziale Mobilisierung, also durch soziale Bewegungen »von unten«, in Gang gesetzt werden könne. Dass solche Kräfte zumindest auf internationaler Ebene eher unterentwickelt sind, sehen sie dabei als ernsthaftes Problem. Wichtig ist für Zelik/Altwater, dass

ihr utopischer Gesellschaftsentwurf konkret und realistisch sein muss, da er von Mehrheiten angenommen und politisch umgesetzt werden müsse. Daher seien die vorgeschlagenen Veränderungen zwar manchmal etwas radikal, stellten aber keinesfalls den Kapitalismus selbst infrage. »Im Gegenteil«, so Altvater: »Sie können dazu beitragen, ihn erfolgreich zu modernisieren.« (S. 157). Das letztendlich angestrebte Resultat nennen die beiden dann aber schließlich doch beim Namen: Durch die »demokratische Vergesellschaftung der Ökonomie« soll eine »gute sozialistische Gesellschaft« (S. 184) entstehen.

Die »Vermessung der Utopie« ist ein interessanter und kurzweiliger Lesestoff, welcher sich sowohl an den interessierten Laien wie auch an den fortgeschrittenen Leser gesellschaftskritischer Literatur wendet. Laut eigener Angabe haben die Autoren innerhalb von zwei Monaten über 20 Stunden lang diskutiert. Herausgekommen ist ein über 200 Seiten langer Dialog, der so wahrscheinlich nie stattgefunden hat – zu offensichtlich wurden viele Passagen im Nachhinein überarbeitet. So werfen die Gesprächspartner sich manches Mal die Bälle nur so zu, an anderen Stellen kommt es aber auch zu seitenlangen Monologen. Trotz allem lockert der Gesprächsstil die verdichteten Themen deutlich auf und macht das Buch gut lesbar. Zu Beginn ist die Beziehung zwischen Zelik und Altvater etwas gewöhnungsbedürftig, da nicht klar ist, ob es sich um ein Experteninterview oder ein Gespräch auf Augenhöhe handelt. Nach einiger Zeit sind die Rollen aber klar: Altvater »spielt« den erfahrenen Wissenschaftler, der vorsichtiger und kenntnisreich abwiegend auf Zeliks etwas polemischeren Redestil reagiert. Zelik hingegen ist derjenige, der die Diskussion lenkt und sich um den roten Faden bemüht. Eine Art Streitgespräch entwickelt sich (leider) kaum, da die beiden kaum unterschiedliche Positionen beziehen, sondern sich eher ergänzend äußern. Altvaters Redeanteil liegt zu Beginn deutlich über dem von Zelik, was sich vor allem im Schlussteil des Buches aber ändert, als dieser maßgeblich die Formulierung eines alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells übernimmt. Zwei Mankos müssen allerdings noch angemerkt werden – ein strukturelles und ein inhaltliches. Erstens ist der Dialog an vielen Stellen etwas sprunghaft, es fehlen zudem zusammenfassende Resümees. Daher muss der Leser oft selbst eine gewisse Strukturierungsleistung erbringen, will er einen bleibenden Nutzen von der Lektüre haben. Inhaltlich ist zu kritisieren, dass die Autoren ihre Utopie zwar relativ detailliert umreißen, der Weg dorthin aber so vage ist, dass er letztendlich der Fantasie des Lesers überlassen bleibt. Vielleicht ist aber gerade *das* die Leistung, die sich die Autoren vom kritischen Leser wünschen. Auf dass er hinausgehe und selbst den Weg zu einer alternativen Gesellschaft beschreitet. Sollte der Leser diesen Ratschlag beherzigen, haben Raul Zelik und Elmar Altvater einen bedeutenden und lesenswerten Beitrag auf dem Weg zu einer solidarischeren und gerechteren Gesellschaft geleistet.

*Constantin Schäfer,
Mainz*

**ERIK OLIN WRIGHT:
Envisioning Real Utopias**

London 2010

Verso, 394 p.

Many intellectuals and activists in the West linked the collapse of the state socialist regimes in Central and Eastern Europe with the hope, not only of a »peace dividend,« but also of a more open debate on better and more appealing alternatives to their capitalist societies. The outcome was quite the opposite: discussion of structural reforms and systemic transformation was even rarer than before and, despite a few isolated attempts to strike new paths, left-wing politics and debate have stagnated and the prospects for new ideas about the future did not appear particularly favorable.

Recently, however, that seems to have changed. Sociologist Erik Olin Wright, president elect of the American Sociological Association and one of the few university teachers in the USA who is well-versed in left-wing and Marxist thought, has produced a tour de force. He started the »Real Utopias Project« in 1992 with the intention of focusing »on specific proposals for the fundamental redesign of different arenas of social institutions rather than on either general, abstract formulations of grand design, or on small immediately attainable reforms of existing practices« (p. 10). Since then, a number of publications have appeared and this, the most recent volume represents the project's culmination. It is remarkable by virtue of its genesis alone: over four years Wright held more than 50 lectures and discussions in 18 countries on particular aspects of the book. As a result, the quality is particularly high, representing the summation of the experiences, findings, and evaluations of this comprehensive, intensive, and multifaceted discourse which the author terms »emancipatory social science.«

The very title of the book indicates that Wright's aim is to surmount currently dominant habits of thought: utopias and reality may be opposites, but it is precisely his aim to take seriously the tension between dreams and practice and to turn it to account: »utopian ideals that are grounded in the real potentials of humanity, utopian destinations that have accessible waystations, utopian designs of institutions that can inform our practical tasks of navigating a world of imperfect conditions for social change« (p. 6).

The book is divided into three sections. First, the essential diagnoses and critiques of capitalism as an economic system are expounded, summarized, and concisely presented in terms of eleven key criticisms. In part two, possible alternatives are taken up: the traditional Marxist approach (for example, its fixation on the state) is assessed as inadequate and replaced with an approach based on the increasing social empowerment of civil society, both in the state and in the economy. Following that, a wide spectrum of concrete concepts and examples of alternative institutions are described, which include real alternative

models, such as citizens' budgeting, Wikipedia, the Mondragon cooperative, and unconditional basic income – these are »real utopias.« In Section 3, the topic of transformation – in other words, the problems of implementation – is discussed. The conclusion consists of seven key insights which are the summation of the various aspects and arguments that have been considered.

The author's basic line of thought comprises three main questions and their discussion, together with the outlines of solutions: (i) are social emancipation, the further development of democracy, and empowerment desirable and worth pursuing; (ii) are the ideas and activities that can be derived from them viable, in principle, as solutions to society's problems and crises; and (iii), above all, how is this to be achieved? Wright devotes several chapters to this strategic questioning and tries to develop a theory of emancipatory social/societal transformation.

To this end he elucidates his take on societal change and explains the related problems and contradictions of change in our capitalist societies with a view to discussing the dynamics and patterns of development of »unintended social change.« At this stage in the argument he adduces, among other things, gender relations and how they have changed over the past few decades. Accordingly, at issue is a complex and multifarious process in which very different relations, on the individual, organizational, and societal levels, combined with or counteracted one another, and individual calculations and modes of behavior and political and economic activities eventually resulted in trends which in large part were not even intended by most actors: »However, because of the nature of the opportunities they faced, the resources they controlled, the beliefs they held, and the choices they ultimately made, they did things which cumulatively contributed to the transformation of gender relations« (p. 299). On this basis, Wright proceeds to outline a theory of systemic transformations which, in his opinion, has so far been lacking.

The author's argument culminates in three chapters on conscious collective strategies and various kinds of strategies of systemic transformation. This also rounds off his brilliant systematization of previous approaches in terms of this thematic complex: the three transformation strategies which are both fundamentally conceivable and to be found in the real world are assigned a number of key features (actors, objectives, and priorities), thereby providing an impressive overview of the potential field of action. The three transformation strategies are as follows: ruptural transformations, interstitial transformations (transformations which bypass the state), and symbiotic transformations (transformations in close cooperation with the state). Simplifying considerably, these variants can be related to socialism, anarchism, and social democracy; at least, they exhibit many of their aspects and forms. Wright describes the basic features of all three variants of metamorphosis and discusses their respective preconditions, characteristics, and advantages/disadvantages, including their unintended effects. While these are obvious, for example, in the case of violent ruptures (»smash first,

build second«), the disadvantages of the two other varieties of transformation are that, with their reform-orientation and limited solutions to problems, they (also) stabilize and reinforce the capitalist system. In discussing these different perspectives on and assessments of the various related effects and experiences the author adopts a markedly neutral and extremely subtle stance. Of crucial importance for the probability of success and appropriateness of each variant is whether it maintains or changes people's material circumstances, which raises the question of whether specific measures might lead to disruption – in other words, would only make things worse. The deeper and the longer such disruption is deemed likely to be, the less probable it is that it will be endorsed. The fact that Wright »plays out« all these considerations consistently and with cool logic, making them easier to understand and envisage by means of diagrams and curve models, is very useful. Based on the performance of such countless calculations it is scarcely possible to rapidly arrive at simple positions and evaluations. There can be no question of a universally valid strategy or a panacea; instead, the three transformation strategies are frequently implemented alongside one another in different »doses« or in succession.

In his conclusion, Wright speaks from the standpoint of his »emancipatory social science«: »The best we can do is to treat the struggle to move forward on the pathways of social empowerment as an experimental process in which we continually test and retest the limits of possibility and try, as best we can, to create new institutions which will expand those limits themselves. In doing so, we not only envision real utopias, but contribute to making utopias real.« It is worth mentioning here that the next conference of the highly respected American Sociological Association, in 2012, will have the theme »Real Utopias.«

The book is very readable and logically structured, and the train of argument is well thought out and easy to follow, at times even dazzling. What Wright provides is not so much new results from social scientific research as an extremely sophisticated and concise synopsis of left-wing emancipatory thought and research. A technical knowledge of sociology is not necessary. However, dogmatists of whatever kind will be unsettled by this book and their one-dimensional attitudes undermined. It is strongly recommended to anyone willing to reflect deeply, even radically and without ideological blinkers on fundamental improvements, especially with regard to Western societies, and to commit themselves to this quest. In the face of climate change and the exigencies of sustainability policy, social upheaval and economic crises this kind of strategic effort is an urgent necessity. Wright's book on »real utopias« could serve as an important guide in this endeavor and may even become a standard work.

*Edgar Göll,
Institut für Zukunftsstudien, Berlin*

Socialism with Chinese Characteristics?

CHUN LIAO:

The Governance Structures of Chinese Firms. Innovation, Competitiveness, and Growth in a Dual Economy

Dordrecht 2009

Springer, 202 p.

The book under review portrays China as an instance of state-driven late modernization. For decades, China shared the characteristics of communist development dictatorships: one-party rule, state ownership, and an emphasis on the development of heavy industry in order to become independent in technological and military terms. Surprisingly for outside observers, it opened up to the global economy during the 1980s. Nevertheless, as the author states, this must be understood as a continuation of the same state strategy but by different means after it had become clear that the old system would not deliver the technological and economic resources needed to catch up with the US and the EU. Technological modernization has been, and remains, the »cornerstone of the state's economic development strategy« (p. 54). Flexible adaptation to changed global conditions sets China apart from post-communist reformers in Eastern Europe, which regarded a »jump to the market« (Sachs) as the key to societal transformation.

Even 30 years after Deng Xiaoping's »Second Revolution« started, how this amazing policy shift and its implications are to be understood remains controversial. It has always been unsatisfactory to subsume China under the general concept of »countries in transition« (as in the early standard classifications of the international financial institutions). There have been many attempts to capture the specifics of Chinese transformation: authors such as Włodzimierz Brus refer to a »Soviet–Chinese divergence« in terms of political control to explain China's success story in contrast to the transformational crises in Eastern Europe; Jeffrey Sachs points to China's specific development potential (especially a large, unproductive rural sector and the absence of welfare state institutions); while Joseph Stiglitz stresses the gradual character of the Chinese reforms in contrast to IMF-style »shock-therapy.«

General theories of transition to »something else« than a planned economy or classifications based on the growth potential of »reform economies« tell us little about the type of capitalism which has emerged in China. Therefore, Mrs Liao's relatively new perspective on the Varieties of Capitalism approach, which operates on a more concrete middle-range level of theory-building, is promising. The Varieties of Capitalism perspective seems flexible enough to integrate the interaction and complementarities of a broad spectrum of institutions which together characterize specific types of political economy. Generally, this approach allows for complex combinations of variables, such as ownership and control, industrial

relations, central bank policies, tax regimes, the role of the banking sector as distinct from the stock market, profiles of manufacturing sectors, and so on. This is a significant methodological advantage, since it makes it possible to develop the often insufficiently differentiated concept of »path dependency« from earlier historical conditions to specific processes of institutional complementarities, continuities, and divergences.

Mrs Liao's theoretical approach, which combines Richard Whitley's theory of business systems with Stuart Hall's and David Soskice's concept of coordinated market economies, focuses on a subset of these variables, namely the (re-) allocation of property rights, corresponding modes of governance, and the results of institutional (re-)combinations in terms of technology transfer, organizational modernization, financing, and economic growth. Compared to the British-American, Japanese-German, and the Taiwanese political economies, the Chinese model is characterized as a hybrid: a private sector ruled by the competitive logic of liberal markets co-exists with a state-owned sector which uses several techniques of inter-enterprise coordination.

This is important in grounding two of the author's main points. First, the governance structure of the state sector, often neglected and rarely understood in Western analysis (for example, by Redding and Witt: 2008) has been transformed since the mid-1990s, so that state ownership is differentiated from bureaucratic control, as well as from firm management. Second, foreign direct investments from Western countries tend to flow to sectors or regions where they find institutional complementarities. A clear demarcation between the state and the private sector, a defining element of China's dual economy, reduces, on the one hand, the risk of government interference in or subsidized competition with foreign investments, while, on the other hand, certain Chinese industries are protected from foreign competition, so that the breakdown of domestic industries over a wide area, as seen in Eastern Europe (and as intended by »shock therapy«), has been prevented.

The empirical parts of the book provide an informative overview of the diversity of Chinese enterprises, including governance structures in the private sector. Informality is a key feature: written labor contracts are often lacking, but firms remain highly centralized and under personalized control. Management in the private sector functions differently from the more bureaucratized and formalized state sector. Mrs Liao offers many interesting findings, for example, »that the German production model can easily persist in China« (p. 153). This is explained by the regional patterns of FDI in China, in this case by the preference of German firms for investing in regions with advanced institutional infrastructure. Some assumptions about outsourcing to China are rejected. Against neoliberal »common sense,« low wages appear not to be the main reason for German firms investing in China: state-owned or controlled companies can be fairly innovative, technologically advanced, efficient, and profitable (although they also serve some social functions); less surprisingly, the state sector enjoys preferential financing

by the statist banking system, which is described in some detail. Furthermore, China seems not to be, as sometimes suggested in media reports, a labor-camp type of economy. Turning to industrial relations, Mrs Liao emphasizes the rights of workers in state-owned enterprises. According to the Company Law of 1994, trade unions not only play a role in wage bargaining but also have certain co-management rights (pp. 54–56).

Entitlements of this kind are difficult to verify, since the gap between formally guaranteed rights and enforcement by local government is notoriously wide. Moreover, the official All-China Federation of Trade Unions and the law courts do little to back the claims of laid-off workers during the restructuring or bankruptcy of state-owned enterprises, especially if the corruption of party officials and enterprise managers is involved. Unresolved and repressed worker–management conflicts are abundant (see *China Labour Bulletin*, September 2008). Experiences with the Labor Law of 1994 and the Labor Contract Law of 2008 do not seem to be encouraging (*China Labour Bulletin*, October 2010).

Part 3 of the book describes the emergence, legal codification, and growth of the private sector in several steps (or »waves of privatization«). Especially interesting is the application of selective marketization: the opening up of certain business areas for private profit-making, which are not in direct competition with the state sector. The Chinese economy therefore seems more of a »dual« than a »mixed« economy. Legal restrictions and tax disincentives block private entry into certain listed industries (pp. 94–96). New firms are concentrated in the newest technological fields. With the rapid growth of this sector the family-centered governance system and ownership structure (re-imported from Chinese firms overseas) are turning more and more into limited liability shareholding companies. Labor mobility is fairly high, social protection is inadequate, and unionization is low. Although loans are hard to obtain, financing via the stock market is marginal. In response to the under-institutionalization of this sector, private networking plays a prominent role. Since there is little room for autonomous business organizations or intermediate associations beyond, on the one hand, extended family networks and, on the other, the state bureaucracy, it would be futile to seek an emerging civil society in the European sense. To date, Chinese business associations have been fairly weak, as a result of which the business system is fragmented and unable to develop strategies like enterprises in industrial districts in Western countries (pp. 124–27). The absence of a self-conscious middle class may also explain why China's transition has not been, in contrast to Eastern Europe, also a transition to democracy – a connection which Liao does not explore.

Foreign direct investment and technology transfers come into the picture in Part 4, which also presents Liao's explanation of China's extraordinary growth over two decades: China's dual economy enables it to reap the benefits of two different processes of convergence to two different production regimes. While the

private sector attracts FDI mainly from liberal market economies, the state sector is preferred by countries with a coordinated market model. The composition and technological spillover effects of FDI are briefly outlined in support of the argument that foreign investors seek complementarities with regard to their own production models. While US manufacturers use China largely as a low wage zone (especially in the Special Economic Zones) and, it might be added, the American Chamber of Commerce is strongly opposed to recent legislation to unionize foreign-owned enterprises, Japanese and German investors are more interested in stable institutional environments and long-term commitments and therefore prefer regions with a strong presence of Chinese state-owned or state-controlled firms.

Mrs Liao's central thesis of dual convergence, which points to demonstration effects deriving from various models of advanced capitalism, is quite original and opens up new ways of looking at the Chinese economy. The data presented to corroborate this thesis refer nevertheless mainly to indicators of the regional proximity of foreign investments to domestic industries, which is interesting but not entirely compelling. While the bulk of Chinese exports are produced by the two poles of the Chinese economy – 41 percent by state-owned enterprises and 50 percent by foreign invested firms (see Feenstra and Wei 2010: 97) – this does not confirm that the intended productivity and technology spillovers from FDI to the state sector are actually happening. The sophisticated structure of exports from China may indicate rather a dualistic than a dual economy: data covering the period from 1995 to 2005 show that foreign invested firms, while employing only three percent of the labor force, account for about 20 percent of the Chinese economy and roughly 40 percent of its recent growth (Blonigen and Ma 2010: 477).

One might also expect Mrs Liao to relate her findings to other explanations of China's supergrowth, for example, Paul Krugman's much more modest characterization of East Asian growth rates as a mere »input revolution« (Krugman 1994). Sometimes it seems that Mrs Liao shares the obsession of the Chinese leadership with growth (although she avoids the official talk of »Socialism with Chinese Characteristics«). Many important sociological aspects do not come into view, such as the widening rift between rural and coastal China and the dramatic increase of inequality which leads some authors to speak of two (mainland) Chinas. Inequality and poverty, a strong focus of the Varieties of Capitalism literature, are not thematized. This is regrettable, since social cohesion is clearly related to the sustainability of a production regime. And when even the leadership admits that environmental degradation due to lax pollution controls eats significantly into the growth numbers, this casts some doubt on Mrs Liao's perhaps too optimistic outlook on her country's long-term economic growth and higher stability compared to competing varieties of capitalism.

*Klaus Müller,
AGH University of Science and Technology, Cracow*

References

- Blonigen, Bruce and Alayson Ma (2010): »Please Pass the Catch-up: The Relative Performance of Chinese and Foreign Firms in Chinese Exports,« in Feenstra and Wei (eds.) (2010): *China's Growing Role in World Trade*. Chicago: Chicago University Press; 475–512.
- China Labour Bulletin (2008): »No Way Out. Worker Activism in China's State-Owned Enterprise Reforms« (Sept.), Hong Kong. Available at: www.clb.org.hk.
- China Labour Bulletin (2010): »Swimming Against the Tide. A Short History of Labour Conflict in China and the Government's Attempts to Control it« (Oct.), Hong Kong. Available at: www.clb.org.hk.
- Feenstra, Robert and Shang-Jin Wei (eds.) (2010): *China's Growing Role in World Trade*. Chicago: Chicago University Press.
- Krugman, Paul (1994): »The Myth of Asia's Miracle,« in *Foreign Affairs*, Vol. 73: 62–78.
- Redding, Gordon and Michael Witt (2008): *The Future of Chinese Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Wang, Zhi and Shang-Jin Wei (2010): »What Accounts for the Rising Sophistication of China's Exports?,« in Feenstra and Wei (eds.) (2010): 63–104.

SEBASTIAN BUCIAK / RÜDIGER VON DEHN (Hrsg.):

Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen

Berlin 2010

Verlag Dr. Köster, 530 S.

Die südasiatische Region in ihrer Gesamtheit und Komplexität gewinnt international immer mehr an Bedeutung, wobei die wissenschaftliche Diskussion verstärkt auf die indisch-pakistanischen Beziehungen und die nukleare Aufrüstung in der Region gerichtet ist. Der umfangreiche Sammelband *Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen* umfasst 22 Beiträge von 25 Autoren und untersucht diese Thematik aus historischer, wirtschaftlicher und politikwissenschaftlicher Perspektive.

Um die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan auf regionaler und internationaler Ebene zu verdeutlichen, wird dem Leser in den ersten Kapiteln (Kapitel 1–5) die Geschichte Indiens und Pakistans mit dem Fokus auf die regionale Sicherheitspolitik und den Demokratisierungsprozess nähergebracht. Bezüglich des historischen Kontextes ist der Text von Amit Das Gupta »Indiens sicherheitspolitische Wende zwischen 1962 und 1974« zu empfehlen.

Dieser geht auf das umfassende Programm zur Modernisierung der indischen Streitkräfte und den Aufbau des indischen Kernwaffenprogramms mithilfe der sowjetischen Kooperation ein. Zudem verbindet der Beitrag von Harald Potempa »Der Blick des deutschen Militärs auf die Rolle Indiens im Empire 1871–1945: Das Problem des Raumes und seiner Beherrschung im Kleinen Krieg im Spiegel des Militärwochenblattes« indische und deutsche Geschichte.

Auf den historischen Teil folgen Beiträge zur Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik in Südasien, speziell Indiens, welche nicht nur die wichtige Stellung Indiens in der Region, sondern auch international als Atommacht – insbesondere in Kooperation mit den USA – verdeutlichen. Zusätzlich werden die Nachbarländer Nepal, Sri Lanka und Bangladesch innenpolitisch beleuchtet und der Einfluss Indiens erläutert. Der Beitrag von Sandra Destradi »Indiens Rolle im Demokratisierungsprozess in Nepal« untersucht Indiens Engagement in Nepal im Zeitraum 2002–2008, in welchen unter anderem die Abschaffung der Monarchie und die Beendigung des Bürgerkrieges fallen. Stephan Maninger befasst sich mit dem ethnischen Konflikt in Sri Lanka, bei dem im Zeitraum von 1982–2008 circa 70 000 Menschen ums Leben kamen. Kristin Bleyder wiederum beleuchtet in ihrem Beitrag »Bangladesh zwischen Demokratie und Militär« den schwierigen Weg Bangladeschs nach Erlangen der Unabhängigkeit.

Die Analysen im Sammelband werden durch Beiträge über die globalen Veränderungen und die Rolle internationaler Akteure, wie beispielsweise der USA, abgerundet. Diesbezüglich bieten Sebastian Buciak und Rüdiger von Dehn in zwei separaten Beiträgen eine Analyse der amerikanischen Rolle beim indisch-pakistanischen Krieg 1971 (von Dehn) und der indisch-amerikanischen Kooperation auf dem Nuklearsektor (Steffen W. Allhoff/Sebastian Buciak).

Schließlich stehen die Beiträge, welche die Problematik der nuklearen Aufrüstung und die Rivalität zwischen Indien und Pakistan thematisieren, im Vordergrund. Letztendlich haben Indien und Pakistan drei Kriege (1945–47, 1965 und 1971) und eine ernsthafte militärische Krise (Kargil-Krise 1999) durchgestanden. Hierzu analysiert Miriam Prys in ihrem Beitrag »Indiens Außenpolitik in Südasien im Wechselspiel zwischen regionalen und globalen Veränderungen« die indische Außenpolitik und deren Einfluss auf die Region und die internationale Politik. Sie zieht dabei zwei Fallstudien heran: zum einen die Krise in Sri Lanka im Jahr 2000 und zum anderen die indische Politik gegenüber Nepal zwischen 2001 und 2006.

Die letzten Beiträge sind Pakistan gewidmet und richten sich auf dessen Innen- und Sicherheitspolitik. Aus den überwiegenden sicherheitspolitischen Beiträgen zur pakistanischen Haltung gegenüber terroristischen Netzwerken, dem Militär und den Atomwaffen hebt sich der Beitrag von Ismail Numan Telci »Democratization of Pakistan: A Role for the European Union« heraus. Darüber hinaus untersucht Andreas M. Bock in seinem Beitrag »Pakistan, die Taliban und die Atombombe: Die plötzliche Aktualität des Atomwaffensperrvertrags« die

möglichen Risikoszenarien, sollte die Kontrolle über die Atombombe in Pakistan in die Hände terroristischer Netzwerke und Gruppen gelangen.

Der Sammelband bietet eine gute Einstiegsliteratur für Leser/innen, welche sich anhand überwiegend deskriptiver Texte über die innenpolitischen und regionalen Verhältnisse in den Ländern Südasiens, speziell in Indien, informieren möchten. Besteht jedoch das Interesse, mehr über die globalen Veränderungen und Entwicklungen Indiens und Pakistans zu erfahren, so wie es der Buchtitel verspricht, werden die Leser/innen enttäuscht sein. Zum einen fehlt eine vergleichende Analyse der beiden im Titel erwähnten Atommächte Indien und Pakistan und hierbei speziell ein sicherheitspolitischer Vergleich ihrer Nuklearisierung. Zum anderen wird außer der Rolle der USA und der EU (jeweils ein Kapitel) die Bedeutung anderer wichtiger globaler Akteure bzw. Atommächte wie China, Russland, Israel nicht berücksichtigt. Die Geschichte und Innenpolitik Indiens und Pakistans werden zwar sehr detailliert dargestellt, doch leider geht kein Beitrag auf die indisch-pakistanische Rivalität hinsichtlich der globalen Veränderungen nach dem Kalten Krieg ein. Eine vergleichende Analyse der Kernwaffenprogramme und des Nuklearsektors, wie auch die Untersuchung der Möglichkeiten für Maßnahmen, die zur Vertrauensbildung in der nuklearen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan führen könnten (wie beispielsweise zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Kriegs), wäre angebracht gewesen. Allerdings wurde Indiens und Pakistans Rolle in den internationalen Regimen zur Nichtverbreitung von nuklearen Waffen in mehreren Beiträgen umfassend untersucht.

Insgesamt bietet der Band dem Leser eine tiefgehende Analyse über geschichtliche, geopolitische und sozioökonomische Zusammenhänge und Entwicklungen in Bezug auf die südasiatischen Länder. Die Beiträge beschreiben die große Bandbreite der sicherheitspolitischen Rivalität zwischen Indien und Pakistan und weisen auf die regionalen und globalen Veränderungen hin, die zur Nuklearisierung der zwei regionalen Mächte geführt haben.

*Michael Fuker, Velina Tchakarova
Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES)*

RONALD DEIBERT / JOHN PALFREY / RAFAL ROHOZINSKI / JONATHAN ZITTRAIN (Hrsg.):

Access Controlled. The Shaping of Power, Rights, and Rule in Cyberspace

Cambridge 2010

MIT Press, 620 S.

Zwei Jahre sind seit dem Erscheinen von *Access Denied*, der umfassenden Studie der Open Net Initiative (ONI) zur globalen Entwicklung von Internetfiltern, vergangen. Und zwei Jahre können im Zusammenhang mit technologischen Entwicklungen recht lang sein. Die Schnellebigkeit des Themas ist einer der Gründe für die Veröffentlichung von *Access Controlled*, das als Nachfolger, nicht jedoch als überarbeitete Neuauflage des Vorgängers zu verstehen ist. Im Aufbau ähneln sich die beiden Werke: Genau wie sein Vorgänger besteht auch *Access Controlled* aus sechs Kapiteln und einem ausführlichen Anhang, der Filterregime in verschiedenen Staaten und Regionen der Welt betrachtet. Allein dieser Anhang besteht im vorliegenden Werk aus annähernd 500 Seiten, wobei diese sich auf eine Vielzahl von Staaten verteilen, was lediglich ein Anreißen, jedoch keine tiefe Analyse einzelner Staaten zulässt.

Einer der beiden Forschungsschwerpunkte der Verfasser sind neue Filtermethoden, die heute in verschiedenen Staaten bereits angewendet werden. Diese neuen Formen (von den Autoren als Filtermethoden der zweiten und dritten Generation bezeichnet) unterscheiden sich von den ursprünglichen Methoden vor allem darin, dass sie nicht heimlich stattfinden, sondern in Form von offiziellen Regulierungen auftreten. Nationale, regionale und auch globale Diskurse über Terrorismus, Internetsicherheit, Islamismus, »hate speech« oder Kinderpornografie haben dazu geführt, dass Internetfilter eine wachsende Zahl von Befürwortern gefunden haben. Regierungen neigen demnach heute stärker dazu, den Cyberspace nach ihren Vorstellungen kontrollieren zu wollen. Während die westliche Welt vor wenigen Jahren noch bestimmte Regierungen der Zensur beschuldigte, so ist sie heute selbst darum bemüht, den Informationsfluss nach eigenen Interessen zu beeinflussen.

Der zweite Forschungsschwerpunkt ist regional angelegt. Nachdem sich das Vorgängerwerk hauptsächlich auf asiatische und afrikanische Staaten konzentriert hatte, soll *Access Controlled* den Blick auf die 56 OSZE-Staaten lenken. Dieser neue Ansatz ist durchaus begrüßenswert, da in der Diskussion um Internetfilter in den letzten Jahren häufig der Anschein erweckt wurde, es würde lediglich eine bestimmte Gruppe von Staaten Internetfilter anwenden; insbesondere Staaten, die auch vor der Verbreitung des Internets bereits ein Gesellschaftsmodell verfolgten, das nicht dem westlichen Demokratiedanken entspricht. Ein genauer Blick auf die sechs Kapitel lässt jedoch schnell erkennen, dass es auch in diesem Band hauptsächlich um die »üblichen Verdächtigen« geht. Dazu gehören neben China,

Simbabwe und Syrien auch Russland sowie weitere GUS-Mitglieder wie Kasachstan, Kirgisistan, Georgien und weitere. Allerdings werden in den genannten Fällen nicht ausschließlich nationale Filterregime untersucht, sondern auch grenzüberschreitende Informationsblockaden, wie etwa im Falle von US-Sanktionen betroffener Staaten. Demnach beschreibt Ethan Zuckerman in seinem Beitrag zwei Fälle von US-amerikanischen Online-Service-Providern, die aufgrund von Unklarheiten bei der Auslegung nationaler Sanktionsregulierungen Internetnutzer in Simbabwe und Syrien von ihrem Angebot ausschlossen. Als pikant stellte sich dabei heraus, dass es sich im Falle Simbawwes um eine zivilgesellschaftliche Organisation handelte, mit dem Anspruch, lokale Menschenrechtsorganisationen und andere NGOs mit IT-Kompetenzen auszustatten (S. 74 f.). Im Falle Syriens handelte es sich um Nutzer des Business-Netzwerkes LinkedIn (S. 77 f.). In beiden Fällen wurde die Blockade rückgängig gemacht. Dennoch wirft Zuckerman die Frage auf, ob es sich bei den beschriebenen Vorgängen um einen zukünftigen Trend handeln könnte. Zugegebenermaßen lässt sich diese Frage nicht ohne Weiteres beantworten, zumal von zwei Einzelfällen nicht auf eine allgemeine Tendenz geschlossen werden kann.

Neben den obligatorischen »Schurken« der digitalen Welt werden aber auch andere Punkte thematisiert. Dazu gehören die EU-Richtlinie für die Vorratsspeicherung von Daten, das Thema Kinderpornografie sowie die »Global Network Initiative«, mit denen sich die folgenden drei Absätze befassen.

Im Kapitel über die EU-Richtlinie für die Vorratsspeicherung von Daten präsentieren die Autoren drei verschiedene Möglichkeiten von Internetdatenüberwachung bzw. -erfassung und setzen diese in Zusammenhang mit der EU-Richtlinie von 2007. Die Unterteilung erfolgt in Netzwerküberwachung, Serverüberwachung und Clientüberwachung. Neben der Befürchtung, eine wachsende Internetüberwachung, wie durch die EU-Richtlinie geregelt, könnte dem Vertrauen der Nutzer in den freien Datenverkehr schaden, erwähnen die Verfasser auch die Möglichkeit eines wachsenden »Wettrüstens«, wie es bereits im Bereich der Anti-Malwareprogramme geschieht. Demnach könnte eine zunehmende Netzwerküberwachung zu einer steigenden Nachfrage von Proxyservern führen. Eine von offizieller Seite angeordnete Blockierung bestimmter Proxyserver wiederum würde eine steigende Zahl von Anti-Blockierungstools nach sich ziehen, wodurch die Anwender in einen sie selbst benachteiligenden Kreislauf von Tools und Anti-Tools geraten können (S. 41).

Passend zur Debatte um die Einführung von Internetfiltern zur Erschwerung des Zugriffs auf Kinderpornografie, bietet auch *Access Controlled* ein eigenes Kapitel zu diesem Thema. Dies behandelt allerdings nicht schwerpunktmäßig die Diskussion über Sinn und Unsinn von Filtern, sondern vielmehr die Frage der internationalen Kooperation verschiedener Akteure zur Beseitigung von entsprechenden Daten von den jeweiligen Servern. Verfasser Nart Villeneuve kritisiert die Entscheidung verschiedener Staaten, die entsprechenden Seiten durch einen

Filter lediglich verdecken zu wollen, und fordert eine konsequente Ausweitung der internationalen Kooperation zur Löschung der Daten (S. 55). Dabei kommt er zu dem Schluss, dass eine dynamische Kooperation von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren ein vielversprechender Ansatz zur Beseitigung der jeweiligen Daten sei. Er hebt besonders hervor, dass die Implementierung von Filtern auf nationaler Ebene nicht nur technisch unzureichend ist, sondern auch den Willen der zuständigen Institutionen zur internationalen Kooperation lähmt und damit eine effektive Beseitigung der Daten verhindert.

Das sechste Kapitel befasst sich mit der »Global Network Initiative« (GNI). Verfasser Colin Maclay beschreibt die Entstehung der GNI im Jahr 2008 und geht auf einige ihrer zukünftigen Aufgaben ein. Bei der GNI handelt es sich um einen Zusammenschluss von Akteuren der Privatwirtschaft (u. a. Yahoo und Google), zivilgesellschaftlichen Akteuren (u. a. Human Rights Watch und Center For Democracy and Technology) und akademischen Einrichtungen (u. a. Berkman Center for Internet and Society), die sich das Ziel gesetzt haben, Richtlinien zur Handhabung von geschäftlichen Aktivitäten in nicht-demokratischen Staaten zu entwerfen. Dabei darf darüber debattiert werden, ob es Gründungsmitgliedern wie Yahoo um die prinzipielle Einhaltung menschenrechtlicher Standards oder um die Reduzierung der Kosten im Falle eines Imageschadens geht. In der Vergangenheit war das Unternehmen bereits herber Kritik ausgesetzt, als es den Vorgaben der chinesischen Regierung folgend Nutzerdaten preisgab und damit zur Verhaftung eines Journalisten beitrug (S. 87).

In den vergangenen Jahren hat die Diskussion um Internetfilter eine eindeutige Tendenz bekommen, bei der es primär um die Kritik an nicht-demokratischen Staaten für ihren Umgang mit in westlichen Demokratien entwickelten Technologien ging. Angesichts der verstärkten Bemühungen, auch in Westeuropa und Nordamerika eine eigene Form von Informationskontrolle auszuweiten, wäre es jedoch durchaus von Interesse, diese Bestrebungen genauer zu betrachten. Ein erster Ansatz ist mit ihrem Beitrag über die EU-Richtlinie für die Vorratsspeicherung von Daten gelungen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn auch im Kapitel über das Thema Kinderpornografie intensiver auf die einzelnen Debatten z. B. in verschiedenen europäischen Ländern eingegangen worden wäre. Darüber hinaus stellt sich immer mehr die Frage, inwieweit z. B. die US-Behörden in die Überwachung von Informationsströmen im eigenen Land involviert sind. Die stetige Wiederholung, dass in nicht-demokratischen Staaten auch das Internet keine Insel der Meinungsfreiheit sei (gespickt mit den immer wiederkehrenden z. T. jahrealten Beispielen), bringt keinerlei Erkenntniszuwachs. Es bewirkt eher Unverständnis über die Tatsache, dass Redefreiheit in seiner absoluten Prägung nicht in allen Ländern der Welt als gesellschaftliches Konzept verankert ist (und dazu zählen auch westeuropäische Staaten). Diese Kritik an *Access Controlled* soll nicht vom Lesen des Buches abraten, welches auch als kostenloser Download auf der ONI-Webseite erhältlich ist. Der Leser sollte sich jedoch bewusst machen, dass

es sich hierbei um die Betrachtung eines globalen Phänomens durch eine stark regional gefärbte Brille handelt.

*Daniel Oppermann,
Universität von Brasilia (UnB)*